

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1831

25.10.1831 (Nr. 296)

Karlsruher Zeitung.

Nr. 296.

Dienstag, den 25. Oktober

1831.

Baden.

Wegen Ableben Ihrer Durchlaucht der Prinzessin Luise, Tochter des höchstseligen Herzogs August von Sachsen-Gotha und Altenburg, wird, von heute an, die gewöhnliche Hoftrauer auf 8 Tage angelegt.

Karlsruhe, den 25. Okt. 1831.

Oberhofmarschallamt.

Fhr. v. Gayling.

vd. Schmieder.

Folgendes ist der in der 119. Sitzung der zweiten Kammer vom 21. Oktober vorgelegte Entwurf eines Preßgesetzes:

Leopold von Gottes Gnaden, Großherzog von Baden u. Nach Anhörung Unseres Staatsministeriums haben Wir beschlossen, und verordnen, wie folgt:

Der anliegende Entwurf eines Gesetzes über die Polizei der Presse und über die Bestrafung der durch die Presse begangenen Verbrechen und Vergehen soll den beiden Kammern Unserer getreuen Stände, zunächst der zweiten durch den Geh. Rath, Fhrn. v. Weiter, den Wir mit dessen Begründung und Erörterung beauftragen, zur Zustimmung vorgelegt werden.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserm Großherzoglichen Staatsministerium, den 14. Oktober 1831.

Leopold.

L. Winter.

Auf Befehl Sr. königl. Hoheit Eichrodt.

Entwurf eines Preßgesetzes.

I. Titel.

Von der Polizei der Presse.

§. 1. Die im Großherzogthum herauskommenden oder zu verbreitenden Druckschriften sind unter der im §. 13. bestimmten Ausnahme keiner Zensur unterworfen.

§. 2. Keine Druckschrift darf im Großherzogthum herausgegeben oder verbreitet werden, welcher nicht der Name des Verlegers oder Druckers, auch der Ort, und die übliche Bezeichnung der Zeit des Druckes beigefügt ist.

Auch dann, wenn der Verfasser genannt ist, muß der Name des Verlegers oder Druckers beigefügt werden.

Die Verletzung dieser Vorschrift wird an dem Verleger, Drucker und Verbreiter ohne Rücksicht auf den Inhalt der Schrift mit einer Strafe von 10 — 100 fl. geahndet. Nebst dieser Geldstrafe wird Gefängniß von 3 — 14 Tagen erkannt, wenn der Name des Verlegers oder Druckers, der Ort oder die Zeit des Druckes falsch angegeben sind.

§. 3. Was in diesem Gesetze von Druckschriften verordnet wird, gilt von jeder mechanischen Vervielfältigung der Schrift, sei es durch die gewöhnliche Druckerpresse oder durch Lithographie u. d. gl.

§. 4. Für jede im Großherzogthum herauskommende Zeitschrift und Zeitung ist ein badischer Staatsbürger, der das dreißigste Lebensjahr zurückgelegt hat, der Polizeibehörde als verantwortlicher Redakteur zu benennen, und sein Name jedem Hefte und jedem Zeitungsblatte beizufügen.

§. 5. Der verantwortliche Redakteur hat vor der Herausgabe der Zeitschrift oder Zeitung, wenn sie nicht mehr als dreimal in der Woche erscheint, für Geldstrafen, Kosten und Entschädigungen eine Kaution von 1000 fl., wenn sie öfter erscheint, von 2000 fl. in Liegenschaften, Geld, inländischen Staatspapieren oder durch Bürgen zu stellen. Die Kaution ist jedesmal, so wie sie eine Minderung erleidet zu ergänzen. (F. f.)

† 120. öffentl. Sitzung der 2. Kammer vom 22. Okt., unter dem Vorsitze des Präsidenten Köhrenbach. Es werden Petitionen vorgelegt: a. Durch den Abg. Goll Dankadresse der Metzgermeister von Karlsruhe, die Verwandlung des Accises in ein Aversum betr. b. Der Gem. Gärtenbach um festes Besiechen auf vollkommener Pressefreiheit. c. Des Joh. Eicher von Dypnan, Beeinträchtigung beim Holzwacherlohn betr. d. Durch den Abg. Nischbach Bitte der vor Georgi 1807 in den Wittwenstand gekommenen Staatsdienerwittwen um Erhöhung ihres aus der Generalwittwenkasse zu beziehenden Benefizium. e. Des B. Dorrs zu Baden, um Hilfe zur Erlangung des vom vormaligen Reichsstift St. Peter ihm Gehörenden. — Sämmtliche Petitionen gehen an die Petitionskommission.

Bevor die Tagesordnung beginnt, ergreift der Finanzminister v. Böck das Wort, und erklärt, die Regierung sehe sich veranlaßt, den vorgelegten Gesesentwurf vom 14. März d. J., die alljährliche Prüfung des Staatshaushalts durch den landständischen Ausschuß betr., zurückzunehmen, da die Verhältnisse seit Vorlage des Entwurfs durch Abkürzung der Landtagsperioden sich wesentlich geändert hätten.

Die auf der Tagesordnung befindliche Diskussion über diesen Gesesentwurf findet demnach nicht statt. Dagegen wird die Diskussion über das Ausgabenbudget eröffnet.

e. Befolgungen der Amtsdienere, Gefangenwärter u. Postboten. — Nach einigen Erörterungen zwischen den

Abg. v. Tscheppe, Rutschmann, v. Jhstein, Dörr, Gretther und Blanckhorn wird der Antrag der Kommission, »für diese Gehalte 31,000 fl. zu bewilligen«, angenommen.

d. Aktuariatsgehälte. — Die Regierung verlangt einschließlich von 4000 fl. für Geschäftsaushilfe in Krankheitsfällen der Aktuare, außerordentlichem Geschäftsdrang u. dgl. 85,000 fl. Die Kommission trägt auf Verwilligung von 81,000 fl. an. — Abg. v. Tscheppe gibt zu bedenken, ob das Volk dabei gewinne, wenn man hier zu karg sei; ob nicht die Unterthanen durch schädliche Geschwindmanipulationen nothleiden müßten! Die Geschäfte der Aemter häuften sich von Tag zu Tag (Ja, ja!); er halte die Forderung von 85,000 fl. für gerechtfertigt, und trage auf Verwilligung dieser Summe an. In gleichem Sinn sprechen die Abg. Beck und Schaaff; letzterer verlangt dringend, daß man hier nicht ängstlich sparen möge, indem dies ganz gegen das Interesse des Volkes sei; er macht darauf aufmerksam, welche Nachteile es mit sich führe, und wie schlecht den Amtsangehörigen damit gedient sei, wenn wegen nur nothdürftig vorhandenen Kanzleipersonals die Beschlüsse mehrere Wochen lang nicht zur Expedition gelangen können. Nachdem auch noch Abg. Merk, welcher mit dem Abg. v. Tscheppe Aufhebung der Aversen und Anstellung der Aktuare durch den Staat verlangt, dann Abg. Wegel II, welcher die Beamten gegen erhobene Vorwürfe wegen ungeeigneter Verwendung der Aversen und Anstellung ungeeigneter Personen als Aktuarien in Schutz nimmt; ferner die Abg. Rettig v. L. und Rutschmann, aufmerksam machend auf die Einziehung des Aktuargehältes der Kommandantschaft in Kehl, und Abg. v. Jhstein, welcher den Kommissionsbericht kräftig vertheidigt — an der Debatte Theil genommen, stellt Abg. Seltzam den Antrag, für das erste Etatsjahr 83,000 fl., für das 2te aber nur 81,000 fl. zu bewilligen. — Geh. Rath von Müdt und Staatsrath Nebenius suchen in ausführlichen Reden die Nothwendigkeit des von der Regierung geforderten Bedarfs nachzuweisen, und fordern dringend auf, das Interesse der Amtsangehörigen, welches durch Hemmung der Kanzleigeschäfte der Aemter verletzt werde, ins Auge zu fassen, wenn auch alle Rücksichten der Humanität gegen die Aktuare in Krankheitsfällen u. dgl. bei Seite gesetzt werden wollten. — Der Antrag des Abg. v. Tscheppe kommt zur Abstimmung, und wird verworfen; dagegen wird jener des Abg. Seltzam angenommen.

e. Defopistengebühren. — Es werden gefordert 3100 fl.; die Kammer bewilligt 3000 fl.

f. Bureaukosten der Aemter. — Die Regierung fordert 38,000 fl.; die Kommission trägt auf 36,000 fl. an, weil sie die Gründe der Mehrforderung wegen steter Zunahme der Beamten und Hilfspersonen, wegen Steigen der Holzpreise und wegen Anwachsens der Bevölkerung, nicht für sichhaltig erkennt. — Abg. v. Tscheppe führt in das Innere der Amtsstuben, und gibt ein nicht reizendes Gemälde des Ameublements; in den Parthiestuben findet er sogar nichts als das Requisit, welches ein nunmehr ab-

geschafftes Strafmittel nöthig gemacht. Er wünscht, daß man nur soviel verwilligen möchte, als die Erhaltung des Anstandes erfordere, und trägt daher auf Genehmigung von 38,000 fl. an. — Geh. Rath v. Müdt und Staatsrath Nebenius sprechen in gleichem Sinn, und heben besonders den Umstand heraus, daß der Mehrbedarf dadurch erwachse, weil man allenthalben geheizte Parthie- oder Wartstuben haben wolle, deren Vortheile für den Dienst, damit sich die Leute nicht verlaufen, und für jene Personen, welche beim Amt zu thun haben, damit sie nicht genöthigt seien, im Kalten zu stehen, einleuchten (Zeichen beifälliger Aeußerung). — Die Abg. Wegel II., Seltzam und Welcker unterstützten den Antrag des Abg. v. Tscheppe, wobei letzterer bemerkte, er höre mit Vergnügen von geheizten Wartstuben reden, und werde dafür recht gerne verwilligen, weil es ihn stets unangenehm ergriffen habe, wenn er die Leute vor den Amtsthür fern habe im Schnee stehen sehen. — Abg. Merk rügt es, daß die Beamten die Ersparnisse bei den Bureaugegenständen übertreiben, z. B. schlechtes, zum Theil schon beschriebenes Papier verwenden, worunter die Würde des Dienstes nothleide, und Abg. v. Jhstein glaubt, daß die von der Kommission beantragte Summe hinreiche, um auch Parthiestuben zu heizen; ehe man aber heizen könne, müßten auch solche Stuben vorhanden sein, was nicht überall der Fall wäre. — »Wo sie nicht sind, müßten sie hergestellt werden«, antwortet man von der Regierungsbank. — Bei der Abstimmung wird der Antrag des Abg. Tscheppe verworfen, dagegen jener der Kommission angenommen.

g. Bureaukosten der Amtsrevisorate. — Die Regierung fordert 7700 fl., die Kommission trägt an auf 7300 fl. — Nach einer kurzen Debatte zwischen dem Geh. Referendar Ziegler, den Abg. v. Jhstein und Schaaff wird der Antrag auf letztere Summe angenommen. Eine weitere von der Regierung erst jetzt zur Sprache gebrachte Forderung von 6000 fl. wird als nicht genugsam vorbereitet an die Kommission gewiesen.

h. Gefängnißerfordernisse. — Die Kommission, überzeugt, daß die Kammer da, wo es sich um eine humane und zweckmäßige Sorgfalt für die Gesundheit und Reinlichkeit der Gefangenen und Verbrecher handelt, die geforderte Summe gern verwilligen wird, und vertrauend auf die Regierung, welche diese Gelder gewiß mit der höchsten Aufmerksamkeit verwenden lassen werde, schlägt vor, den geforderten Aufwand von 12,000 fl. zu bewilligen. Abg. Mittermaier dankt der Kommission für die Berücksichtigung der Humanität; Abg. Duttlinger, gleiche Gesinnungen aussprechend, benützt diesen Anlaß, um den Wunsch auszudrücken, daß in die peinlichen Berichtstabellen noch eine Rubrik aufgenommen werden möchte, welche anzeigt, wo die Untersuchungen am längsten dauern, und wo sie am schnellsten erledigt werden. Dabei führt er Beispiele von auffallenden Verzögerungen bei Ober- und Untergerichten an, welche alsdann vielleicht nicht mehr vorkommen möchten. — Die Kammer tritt einstimmig dem Kommissionsantrag bei.

i. Mägungsgebühren. — Nach einigen Erörterungen zwischen dem Geh. Rath v. Müdt und Staatsrath Rebenius, dann den Abg. v. Jhstein und v. Tscheppe, wird der Antrag der Kommission auf 4000 fl. angenommen. Die Regierung hatte 5000 fl. gefordert.

k. Miethzinse. — Mit dem Wunsche, daß die Regierung dem künftigen Budget eine Nachweisung der einzelnen Miethzinse der Beamtenwohnungen beilegen möchte, werden die geforderten 8000 fl. bewilligt.

II. Gesundheitspolizei.

a. Besoldungen der Sanitätsbeamten. — Abg. Borsdollo trägt vor: Er habe eine Motion angekündigt auf Besserstellung der Staatsärzte, Landchirurgen und Thierärzte; da aber wegen anderer dringender Geschäfte die Begründung dieser Motion auf diesem Landtag nicht mehr statt finden könne, so werde er seine Ansichten jetzt entwickeln, was er in einer großen Rede that. Er stellt den Antrag, daß die Besoldung der Physici auf 600 bis 800 fl., in gleichem Verhältniß auch jene der Amtschirurgen erhöht werden möchten, und behält sich rücksichtlich der Thierärzte seine Anträge vor, wenn die Rubrik des Kommissionsberichts dahin führe. — Nach einigen Gegenäusserungen der Abg. v. Jhstein, Dörr, Körner und Posselt macht Staatsrath Winter darauf aufmerksam, daß dieser Gegenstand zur Debatte über den Normaletat der Zivilstaatsdiener gehöre, wo ihn Abg. Borsdollo wieder aufgreifen möge (Zustimmung der Kammer), worauf die Diskussion geschlossen, und der Antrag der Kommission, für die Besoldungen 75,000 fl. zu bewilligen, angenommen wird. Die Regierung hatte 75,978 fl. verlangt.

b. Bureaukosten der Physikate. — Die verlangten 500 fl. werden bewilligt.

c. Hebammenprüfungskosten. — Auch hier gibt die Kammer für die geforderte Summe von 1450 fl. die Zustimmung.

d. Kosten wegen Krankheit der Menschen. — Die Kommission trägt auf Bewilligung der geforderten 7000 fl. an, in der Voraussetzung, die Regierung werde darüber wachen, daß das Uebermaaß in den Diäten und Kostenrechnungen, besonders jenes in den Weinverwendungen, wo leicht Unterschleife vorkommen, soviel möglich beseitigt werde, damit auch durch die bewilligten Gelder dem wirklich Leidenden Mitbürger die zuge dachte Hilfe und Unterstützung zufließe. — Abg. v. Jhstein: Wenn wir das Unglück hätten, daß die Cholera uns heimsuchte, so reichte freilich die ausgereifene Summe nicht; in diesem Fall verstehe es sich übrigens von selbst, daß die Regierung die Macht habe, über die erforderlichen Summen zu disponiren. (Gewiß! Allerdings!) Er kömmt auf die zur Verhütung der Einschleppung jener Krankheit bei uns getroffenen Anordnungen, und zweifelt, ob die Regierung wisse, wie diese Anordnungen oft mangelhaft vollzogen würden. Er führt ein Beispiel an, wo aus verdächtigen Gegenden kommenden Fremden zwar die Pässe und Gesundheitscheine abgenommen, eine Vergleichung der Personen mit dem Signalement aber nicht

für nöthig erachtet worden sei. — Abg. Gerbel rügte, daß man bei Mannheim vom Ueberrhein ohne alle Kontrolle frei herüber passiren könne. — Staatsrath Winter: Die Regierung müsse bedauern, wenn gute Anstalten schlecht vollzogen würden, von den gerügten Mängeln aber werde man Notiz nehmen. — Der Antrag auf 7000 fl. wird angenommen.

e. Kosten für Rettung verunglückter Menschen. — Die geforderten 1000 fl. werden bewilligt mit dem Wunsche, daß dem Bürger, welcher einen Menschen gerettet hat, nicht eine Geldbelohnung von 25 bis 50 fl. gegeben, sondern solche edle Handlungen mit Verdienstmedaillen und sonstigen Auszeichnungen geehrt werden möchten.

f. Besoldungen der Thierärzte. — Es ist der Grundsatz ausgesprochen, die besoldeten Thierärzte ganz einzugeben zu lassen; der dermalige Bedarf mit 1400 fl. aber wird zur Bewilligung empfohlen. — Abg. Posselt beklagt es, daß nicht für die theoretische und praktische Ausbildung der Thierärzte gehörig gesorgt sei. Da die Anstalt in der Residenz nicht genüge, so verlangt er eine Lehrkanzel für diesen Zweig der Medizin in Freiburg und in Heidelberg. Diese Ansicht theilt Abg. Duttlinger, welcher zugleich verlangt, daß auch die Staatsärzte in der Veterinärarzneiwissenschaft bewandert sein möchten, damit sich nicht Fälle ereignen, wie er einen erlebt, wo auf Physikatranordnung eine ganze Schaafherde vertilgt und mit Haut und Haar verlost worden, — weil ein rändiges Schaaf darunter gewesen — (Zeichen des Erstaunens). — Geh. Rath v. Müdt und StR. Winter äußern: Es fehle nicht an tüchtigen Thierärzten, welche auf der Anstalt dahier gebildet worden und noch gebildet werden; allein es fehle ihnen an Praxis, weil die Landleute vorzögen, sich an Pfscher zu wenden. — Abg. Gerbel: Er habe eine Petition von mehreren Thierärzten in Händen, die Anstellung von Amtsthierärzten betreffend, worüber er demnächst als Berichterstatter der Petitionskommission vortragen werde; die Sorge für die Landwirthschaft fordere, daß in dieser Beziehung etwas geschehe. Abg. Schaaff theilt diese Ansicht und wünscht, daß die Kammer keinen präjudizirlichen Beschluß fasse, bis die Sache reiflicher erwogen und übergedachte Petition Bericht erstattet sein werde. (Zustimmungszeichen). Nachdem auch noch die Abg. Körner, Dörr, Borsdollo, Selkam und v. Jhstein Theil an der Diskussion genommen, wird der Antrag der Kommission auf Bewilligung von 1400 fl. zum Kammerbeschluß erhoben, die Berathung über den Gegenstand der Petition aber ausgesetzt. Eine Nachforderung von 850 fl. für die Nachrichter wird, da die desfalligen Nachweisungen noch nicht geprüft, an die Kommission gewiesen.

g. Die Kosten auf Wasenmeistereien und Viehseuchen. — Die verlangten 8600 fl. wurden genehmigt.

III. Anstalten der öffentlichen Sicherheit.

a. Polizeidienergehälter. — Der Antrag der Kommission geht dahin, »für Gehälter der Polizeidiener in den Städten Karlsruhe, Mannheim, Freiburg und Hei-

belberg vorläufig die Summe von 6800 fl. zu bewilligen. — Abg. Kettig v. K.: Es sei eine Rechtsungleichheit, daß man in einzelnen Städten die Polizeidiener aus Staatsmitteln besolde, er trage darauf an, für Lokalpolizei gar nichts zu verwilligen. — Vielseitige Unterstützung; darunter Knapps Stimme, welcher das Amendement vorschlägt, pro 1831 die geforderten 6800 fl. zu verwilligen, pro 1832 aber nichts mehr, wogegen Abg. Goll, insbesondere auch gegen den Vorwurf des Kommissionsberichts, daß die Karlsruher Thormächter aus der Staatskasse besoldet seien, streitet. — Die Abg. Rutschmann, Schaaff, Weigel I., Vossel, v. Jhstein u. A. kämpfen gegen den Kettig-Knappschen Antrag, letzterer darauf aufmerksam machend, daß alle Jene, welche bei der Gemeindeordnungsdiskussion dafür gestimmt, daß die Ortspolizei Ausfluß der Regierungsgewalt sei, wozu auch Abg. Kettig v. K. gehöre, ohne inkonsequent zu handeln, jetzt nicht gegen den Antrag der Kommission stimmen dürften. Die Abg. Rindeschwender u. Welcker treten auf des Abg. Kettig Seite; die Regierungskommissäre aber vertheidigen den Budgetsatz, indem sie auseinandersetzen, daß aus Rücksicht auf die öffentlichen Anstalten, welche in jenen Städten sich befänden, die Gemeinden selbst aber nichts angingen, kostspieligere Polizeianstalten nöthig seien, demnach die Beirichtung dieser Kosten jenen Städten auch füglich nicht zugewiesen werden könne. Wie bei uns, werde es in dieser Beziehung auch in allen Ländern Europas gehalten. — Nachdem vorerit noch die Kammer den Streit ob sogleich abgestimmt, oder die Sache an die Kommission zurückgewiesen werden soll, bejahend entschieden, wird der Kettig-Knappsche Antrag mit 27 Stimmen gegen 25 verworfen, dagegen der Antrag der Kommission angenommen.

Die Tagesordnung führt zur Diskussion über den Bericht, die Bestrafung der Ehrenkränkungen betreffend. Da der Regierungskommissär Gen. Lud. Baumgärtner verhindert ist, an der Debatte Theil zu nehmen, so wurde deren Vertagung beschlossen, dagegen zur Erledigung von Petitionen geschritten.

Der Abg. Aspach berichtet:

a. Ueber die Petition der Apotheker aus mehreren Kreisen, die Verjährungsfrist für Apothekerrechnungen betreffend. — Die Kommission trägt darauf an: 1) Die Kammer möge die hohe Regierung um einen Gesetzesentwurf bitten, worin die kurze Verjährung des Art. Satz 2272. für die Arzneiforderungen der Apotheker von einem Jahr auf drei Jahre erweitert wird, mit gleicher Verlängerung des im Art. Satz 2101 a. Pro. 7. gegebenen Vorzugsrechtes, ohne solchem jedoch weitere Ausdehnung auf die Fälle zu gestatten, in welchen nach Satz 2274, die kurze Verjährung beendigt wird. 2) Wegen der sonstigen Begehren der Petenten aber — die Spottfreiheit, dann den Einzug der Arzneikostenforderungen durch die Ortsvorstände, resp. vorschußweise Bezahlung für Aermere aus den Gemeindefassen betreffend — die Tagesordnung zu beschließen. — Nach kurzer

Debatte zwischen den Abg. Vosselt, Schaaff, Duttlinger, Vell, v. Rottel, Mittermaier und Welcker, wird beschlossen die Petition als Motion zu betrachten, und in abgekürzter Form nach Vorschrift des §. 52. der Geschäftsordnung zu verhandeln. Nachdem sofort diesem Beschluß gemäß die Diskussion in der Hauptsache eröffnet worden, wurden sie ohne Debatte mit Annahme der Anträge geschlossen.

b. Ueber die Petition des Franz Längle von Reibheim, Beschwerden gegen das Ortsgericht betr. — Tagesordnung.

Nachdem hiermit die Tagesordnung erschöpft ist, gibt Geh. Rath v. Weiler Auskunft in Betreff einer Petition wegen Landschaftsschulden, bei welchem Anlaß die Abg. v. Jhstein und Knapp die Mittheilung der Akten, das Pforzheimer Arbeitshaus betr. in Erinnerung bringen. — Sodann stellt Abg. Vordollo die Frage wegen des Drucks seiner Motionsbegründung, das Schulgeld in Rastatt betr. Nach einigen Aeußerungen der Abg. Vell, Gersbel, Rindeschwender u. A. beschließt die Kammer den Druck. — Es ergreift nunmehr Abg. Aschbach das Wort, und verlangt, daß die Kammer entscheide, ob ihm gestattet sein soll, seine längst angezeigte Motion, die Schwörung des Verfassungsweides betr., zu begründen. Auf den Antrag der Abg. Rindeschwender und Knapp beschließt die Kammer, daß diese Motionsbegründung, als einen höchst wichtigen Gegenstand betreffend, statt finden soll. — Jetzt fragt Abg. Winter v. H. das Präsidium, wie es mit dem Druck der Pensionsliste stehe; es wird geantwortet, daß die Bücher zur Fertigung der Auszüge bereit seien. (Wie wir wissen, hat die Fertigung dieser Auszüge heute schon begonnen). Nachdem noch Abg. Rutschmann den Druck des Berichts des Abg. Rindeschwender über das Wildschützengesetz, der Abg. Schaaff aber die möglichst baldige Diskussion über diesen seinen Wahlbezirk besonders interessirenden Gegenstand in Erinnerung gebracht, der Präsident hiernächst noch die Kommission über das höchste Rescript vom 15. d. M., die Motion des Abg. Welcker betr., auf heute Abend zusammenberufen — wird die Sitzung um 1 Uhr geschlossen.

Frankreich.

Paris, den 21. Okt. Hr. Mallevall ist provisorisch zum Polizeipräsidenten ernannt worden.

In Bastia (Korsika) ist Hr. Limperani zum Deputirten gewählt worden.

Deputirtenkammer vom 29. — An der Tagesordnung war die Diskussion über den Kredit von 18 Mill. für öffentl. Arbeiten. Die Kammer bewilligte denselben mit den vorheriger Kommission nach den Anträgen der Regierung vorgeschlagenen Zweckbestimmungen. Verbesserungsvorschläge zur Erhöhung des Credits wurden verworfen. Hr. Mauguin griff das gesammte Handelssystem Frankreichs, namentlich die zahlreichen Verbote, an. Der Handelsminister meinte, man könne hier nur mit Vorsicht Aenderungen eintreten lassen; indessen beschäftige man sich ja mit Umarbeitung des Douanengesetzes. Hr. Humann vertheidigte eif-

rig das bisherige System. Hr. v. Mosburg wollte wissen, woher man die 18 Mill. nehmen wolle; der Finanzminister entgegnete, von den 131 Mill. Ueberschuß des Budget für 1831. Hr. Cassitte wies jedoch nach, daß jener Ueberschuß nur scheinbar sei, und das nächste Jahr ein bedeutendes Defizit zeigen werde.

In der Paiskammer sind 2 Parteien, wie die Gazette angibt; die eine will die Kategorien annehmen, die andre sie verwerfen. Das Ministerium wird deshalb neue Pairs, und zwar, nach dem Tempus, gegen 100, meist aus den Senatoren des Reichs, ernennen.

Comte von Chateaubriand ist nach Paris zurückgekehrt.

Der Courr. Fr. sagt: Den neuen Vergleichsvorschlag zwischen Holland und Belgien schließt die Drohung, daß, wenn die beiden Theile ihn nicht freiwillig annehmen, sie nöthigenfalls durch Gewalt dazu gezwungen werden, und sämtliche verbündete Mächte hierzu ein Kontingent stellen werden.

Der geringe Verdienst der Seidearbeiter in Lyon hat dieselben in neuerer Zeit veranlaßt, eine zahlreiche Versammlung zu halten, und einen Ausschuß niederzusetzen, um über ihre Interessen zu wachen. Dieser hat sich nun mit den Behörden und den Fabrikherrn in Verbindung gesetzt, und bereits haben mehrere für alle Theile befriedigende Besprechungen stattgefunden. Die Ruhe ward noch keinen Augenblick gestört.

Großbritannien.

London, den 18. Okt. Ein neuer Beweis für die allgemeine Stimmung zu Gunsten der Reformbill liegt darin, daß bei mehreren Korps der Yeomanry, deren Obersten im Oberhaus gegen die Reformbill gestimmt hatten, theils diese aufgefordert wurden, abzudanken, theils die nach Reform strebenden Yeomen austraten.

Graf Grey hat auf eine Adresse von Londoner Einwohnern unter Anderm geantwortet: „Es wird unser höchster Wunsch sein, die Fortdauer Ihres Beifalls und Vertrauens zu verdienen, welche, wie wir wohl wissen, nur durch ein standhaftes, festes und beharrliches Auftreten in Betreff der Erreichung einer wahren Reform bei der Volksvertretung, die nicht minder wirksam wäre, als die so eben verworfene, gesichert werden kann. Eine Bill wird zu diesem Ende sogleich bei der Eröffnung der nächsten Sitzung dem Parlament vorgelegt werden, und in der Zwischenzeit schmeicheln wir uns, nicht zu viel Vertrauen zu verlangen, wenn wir Sie bitten, sich versichert zu halten, daß alle unsre Maaßregeln dahin gerichtet sein werden, um durch die wirksamsten Mittel den Erfolg dieses wichtigen Gegenstandes zu sichern.“

Die Times sehen in der Hofpartei ein großes Hinderniß der Reform, und verlangen schlechterdings die Entfernung aller Reformgegner aus Hof- und Staatsämtern. Sie meinen, man könne, um die Bill durchzusetzen, lebenslängliche Pairs ernennen; die Konstitution sei nicht dagegen.

Der Courier sagt: Wir glauben, daß, wenn gegen

das Ende der Vertagungszeit des Parlaments, noch ein Zweifel über die Annahme der Reformbill vorhanden ist, die nöthige Anzahl neuer Pairs ernannt werden, und sind dessen gewiß, daß der König nach dem Rathe des Grafen Grey hiebei handeln wird.

In Leicester hat sich ein ähnlicher politischer Verein gebildet, wie der in Birmingham ist.

Oberhaus vom 17. — Lord Wellington behauptete in seiner gestern berührten Rede, die vorigen Minister hätten große Ersparnisse, von beinahe 4 Mill. Pf. St., die jetzigen Vermehrung der Ausgaben bewirkt. Da sie jedoch zugleich die Abgaben verminderten, so berechne sich der Ueberschuß der Einnahmen nur auf 10,000 Pf., welches manche Nachteile habe. Graf Grey widerlegte mehrere Irrthümer, und wies einen Ueberschuß von mindestens 439,000 Pf. nach. Er fuhr dann fort: „In Bezug auf die Fortdauer des Friedens vermag ich, zu meiner Zufriedenheit, mit mehr Zutrauen, denn früher, zu sprechen. Sie kennen die Schwierigkeiten, welche einige Zeit der Beendigung einer Angelegenheit im Wege standen, die mehr als irgend eine andre geeignet schien, einen Krieg zu veranlassen. Die Mächte der Konferenz haben jedoch nach 13monatlicher Berathung, während welcher, was höchst bemerkenswerth ist, von keiner Seite eine bedeutende Meinungsverschiedenheit sich zeigte, endlich beiden Theilen eine billige Ausgleichung vorgeschlagen. Diese Bedingungen werden, wie ich überzeugt bin, von den Interessenten angenommen werden, und alle Schwierigkeiten entfernen, welche bisher ein Uebereinkommen verhindert, und den Frieden von Europa bedroht haben. Die Regierung suchte von Anfang an, Holland eine sichere und haltbare Gränze, und zu gleicher Zeit Belgien ein solches Gebiet und solche Vortheile zu verschaffen, damit es eine achtunggebietende Stellung auf dem Festlande erhalte. Die erwähnten Bedingungen werden beiden Theilen vorgelegt, und hoffentlich angenommen werden; allein zu gleicher Zeit sind die Mächte, wie es ihr Entschluß war, bereit, Gehorsam für ihre Wünsche und Achtung für ihre Bewähungen zur Erhaltung der Ruhe von Europa zu erzwingen. Ich hoffe, daß die hieraus folgende Sicherheit uns bald zur Verminderung der Ausgaben und Erleichterung der Lasten des Volks in Stand setzen wird.“ Zuletzt berührte der Redner die Zusammenkunft, die er vor einigen Tagen mit einer Londoner Deputation hatte, und widerlegte einige falsche Nachrichten hierüber. Er versicherte, daß er dabei geäußert, die Minister würden nie eine auf anderen Prinzipien beruhende und weniger wirksame Reformbill vorlegen. Er zeigte sodann, daß die Vertagung wegen der überhäufteten Geschäfte der Minister nicht so ganz kurz sein könne. Der Lordkanzler erklärte die Gerüchte von einer Meinungsverschiedenheit zwischen dem Grafen Grey und ihm für unwahr, und forderte wegen seiner übermäßigen Anstrengung gleichfalls längere Vertagung.

Unterhaus vom 18. — Heute überreichte Hr. Hunt eine Petition, daß man den Bischöfen ihren Sitz im Oberhaus entziehen möge. Auf Hrn. Robinsons Bes

merkung, daß dies wieder so eine unpassende Petition sei, wie das ehrenwerthe Mitglied für Preston sie oft bringe, nahm er sie zurück. Das Erscheinen der Cholerera in Hamburg veranlaßte gleichfalls einige Diskussion, und Hr. Trevor brachte die Entlassung des Lord Howe zur Sprache. Die Minister erklärten aber, das sei lediglich Sache der Krone. Die Bill über den Bankerutgerichts-hof ward zum dritten Male verlesen.

Belgien.

Brüssel, den 19. Okt. Die Organisation der Artillerie ist beendet. Wir haben 26 Feldbatterien. — Die Repräsentantenkammer hat gestern den Entwurf einer gezwungenen Anleihe angenommen. Der ganze Betrag der Grund- und 80 Proz. von der Personalsteuer müssen als solche entrichtet werden. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat angekündigt, daß er morgen über die erhaltenen diplomatischen Mittheilungen berichten werde.

Was von den neuen Vorschlägen der Londoner Konferenz bekannt geworden ist, hat einen sehr ungünstigen Eindruck gemacht. König und Minister sind darüber voll Unwillen, und man versichert, daß die franz. Prinzen nur deshalb hieher gekommen sind, um diese Stimmung möglichst zu mildern. Anfangs wollte gar kein Minister die Verantwortlichkeit übernehmen, sie dem Kongreß vorzulegen, und man zweifelt sehr an ihrer Annahme, da wohl noch Glieder genug in der Kammer sind, die lieber Belgien, als seine Ehre untergehen lassen.

Die St. Vachner Stg. meint, die Vorschläge der Konferenz würden von den Kammern angenommen werden.

Preussen.

Der Hamb. Korr. schreibt aus Berlin vom 15. Oktober: Die polnische Armee hat nunmehr allen Widerstand aufgegeben; 9000 Pferde sind bereits von der preuß. Behörde den Russen zurückgeliefert; die Soldaten werden veranlaßt, nach ihrer Heimath zurückzukehren; Personen höhern Ranges werden bestimmte Bezirke zu ihrem Aufenthalt angewiesen. So heißt es, daß es den Senatoren freigestellt ist, sich in der Neumark ihre Aufenthaltsorte zu wählen. Auch glaubt man, daß den angesehensten Militärpersonen, die auf preuß. Gebiet ihre Zuflucht genommen haben, und sich kompromittirt fühlen, die Erlaubniß zu Theil werden wird, sich nach beliebig zu wählenden Orten ins Ausland zu begeben; besonders nennt man Dresden als ein von Vielen gewünschtes Asyl. Die Großmuth unsres Königs, welche sie in Anspruch genommen haben, gewährt ihnen gastliche Aufnahme; jeder Gemeine erhält einstweilen täglich 2 Gr., jeder Offizier 20 Gr. Man sagt, daß eine vorläufige Konvention mit Rußland wegen der Aufnahme der Flüchtlinge sowohl, als der Bezahlung für die Unterhaltung abgeschlossen worden sei. Von den bedeutenden Offizieren haben mehrere nach England zu entkommen gesucht; dies ist namentlich, wie es heißt, dem bekannten General Uminski gelungen,

der sich in Danzig eingeschifft haben soll. — Zwei Professoren der hiesigen Universität, die, dem Vernehmen nach, zur katholischen Kirche übergetreten sind, haben in Gemeinschaft mit einem ebenfalls katholischen Major die Herausgabe einer Wochenschrift, unter dem Titel »Allgemeine Staatsanzeigen« angekündigt, deren Charakter, wie es in einer unter der Hand vertheilten Anzeige ausgesprochen ist, antirevolutionär sein soll.

Oesterreich.

Wien, den 18. Okt. Gestern erkrankten an der Cholerera 66 Personen; 24 genasen und 33 starben; heute erkrankten 64, genasen 22 und starben 31.

Aus Ungarn hat man die tröstliche Nachricht, daß die herrschende Krankheit allenthalben bedeutend abnehme. Aufgehört hat sie schon in den Städten Komorn, Debreczin (wo bei 40,000 Einwohnern 5898 Erkrankungen, und 2090 Todesfälle vorgekommen waren), Alt-Zol, Szegedin und Tyrnau.

Die niederösterreich. Landstände sind gegenwärtig zur üblichen Steuerbewilligung in Wien versammelt. Am 16. holte eine Deputation derselben die Steuerpostulate in Schönbrunn ab, und ergriff diese Gelegenheit, um die Versicherung ihrer unwandelbaren Treue und Ergebenheit an den Stufen des Allerhöchsten Thrones niederzulegen. Der Kaiser geruhte unter Andern darauf zu erwidern: »Ich empfangen mit Vergnügen die Wünsche, welche die getreuen niederösterreichischen Stände, in einem für mein väterliches Herz höchst betrübenden Verhältnisse, an Mich richten; daß diese Wünsche aufrichtig sind, davon bin Ich überzeugt. Meine treuen Stände wissen, mit welcher Liebe Ich Meine Völker umfasse, und wie tief Mich demnach alle Leiden treffen, welche auf selben lasten. Die allwaltende Vorsehung wird hoffentlich auch diesmal ihre schützende Hand von guten, frommen, ihren Pflichten treu ergebenen Völkern nicht abwenden.«

Baiern.

München, den 21. Okt. Kammer der Abgeordneten. — Nach mehreren Berichten begann heute die Diskussion über den Schulplan des Abg. Uhschneider. Derselbe ward indeß verworfen, und nur beschlossen, die Regierung zu bitten, diejenigen Bestimmungen desselben, wodurch die Freiheit der Person berührt wird, der nächsten Ständeversammlung vorzulegen. Eine Untersuchung der Schulen soll stattfinden, Sonntagsschulen für die den Werktagsschulen entlassenen Kinder eingeführt, und nach dem Antrag des Abg. von Clofen bereits in den Schulen den jugendlichen Gemüthern Liebe zum Vaterlande und zur Verfassung eingepflanzt werden. Dieser Antrag veranlaßte einen hitzigen Streit zwischen dem edlen Freiherrn und dem Präsidium. Jener berührte nämlich dabei das Benehmen des Landgerichtsverweisers Hacker, der bei einer öffentlichen Gelegenheit das Volk gegen die Stände aufzureizen gesucht habe, und der Präsident verbot die weitere Diskussion hierüber als unzeit-

fig. Freih. von Closen vertheidigte indeß die Rechte der Kammer mit Erfolg.

Ueber das Schicksal des Preßgesetzes will noch nichts Näheres verlauten. Daß die Kammer der Abgeordneten dasselbe nicht mit der Budgetbewilligung konner betrachten, haben ihre bisherigen Beschlüsse satzsam bewiesen. Sollte jedoch, wie das Gerücht behauptet, eine erneuerte, sogar geschärfte Anwendung der Karlsbader und Bundestagsbeschlüsse in Betreff der Presse im Werke sein, so dürfte wenigstens mit voller Zuversicht vorausgesetzt werden, daß die konstitutionelle Staatsregierung Baierns, auch in Abwesenheit der Stände, eine solche Maßregel nimmermehr durch ihren Beitritt sanktioniren würde. (N. N.)

Braunschweig.

Wolfenbüttel, den 14. Okt. Unser Kordon zieht sich heute zusammen, und tritt morgen seinen Rückmarsch an, nachdem er vierzehn Tage mit einem bedeutenden Kostenaufwand die Abwehrung der Cholera sich hat angelegen sein lassen.

Großherzogthum Hessen.

Der schwäb. Merkur schreibt aus Mainz, den 19. Okt.: An der letzten Sonntagsparade erschienen etwa 300 Mann von den hier in Besatzung liegenden preuß. Truppen, jedoch ohne Gewehr und Waffen, und erbaten sich durch das Organ eines Individuums aus ihrer Mitte die Erlaubniß, dem in Abwesenheit des Hrn. Generals von Müßling kommandirenden Hrn. General von Schütz eine ehrerbietige Vorstellung machen zu dürfen. Als dieses ihnen gestattet worden, äusserte sich der Wortführer dahin, daß seine auf dem Platze versammelten Kameraden sämmtlich zu der Kategorie gehörten, deren gesetzliche Dienzeit bereits vor einigen Monaten abgelassen; sie bäten daher, sie in ihre Heimath zu entlassen. Der General von Schütz erklärte hierauf den Bittstellern, es werde dies geschehen, sobald die neuen Rekruten ausgehoben und eingeübt wären. Der versammelte Haufen nahm diese Erklärung unter Aeusserungen vollkommener Zufriedenheit entgegen, und begab sich ruhig nach seinen Quartieren.

Staatspapiere.

Wien, den 18. Okt. Aproz. Metalliques 72¼; Bankaktien 1031.

Paris, den 20. Okt. 5proz. 90, 40; 3proz. 62, 25.

Frankfurt, den 22. Okt. Großherzogl. badische 50 fl. Lott. Loose von S. Haber sen. und Goll u. Ebhne 1820 80¼ fl. (Weld.)

Redigirt unter Verantwortlichkeit von: Ph. Macklot.

Auszug aus den Karlsruher Witterungs-Beobachtungen.

23. Okt.	Barometer	Therm.	Hygr.	Wind.
M. 7	28 3/4. 1,8 L.	6,8 G.	57 G.	W.
M. 1½	28 3/4. 1,3 L.	13,6 G.	50 G.	W.
N. 8	28 3/4. 0,5 L.	9,3 G.	53 G.	W.

Leicht bewölkt — ziemlich klar — ganz heiter.

Psychrometrische Differenzen: 1.0 Gr. - 4.6 Gr. - 2.6 Gr.

Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag, den 25. Okt.: Die Unvermählte, Schauspiel in 4 Akten von Kosebue.

Donnerstag, den 27. Okt.: Herr und Sklave, Drama in 2 Akten, von Frhrn. von Zedlitz. Hierauf (zum ersten Male): Die Milchschweftern, Lustspiel in 3 Akten, nach Ahrenhoff, von W. Vogel.

Sonntag, den 30. Okt.: Der Maurer und der Schlosser, komische Oper in 3 Akten, nach dem Französischen des Scribe, von F. Elmenreich; Musik von Huber.

Todesanzeige.

Unsere liebe Schwester Babette ist nicht mehr. Gestern erlag sie einem hitzigen Nervenieber. Wer die Herrliche kannte, wird unsern Schmerz gerecht finden, wird ihn theilen.

Wiesloch, den 16. Okt. 1831.

Deren Geschwister und Namens
derselben:

Gerber, Oberamtmann.

Dankfagung.

Den zahlreichen Freunden des verstorbenen Karl Meier, welche dessen Leiche zur Ruhstätte begleiteten, erstatten wir für diese, so wie für alle Beweise von Freundschaft, den innigsten Dank.

Karlsruhe, den 22. Okt. 1831.

Generalschiffsarzt
Dr. Meier.

Erklärung.

Auf das Schreiben aus Baden in der letzten Nummer des konstitutionellen Deutschlands erklärt der unterzeichnete Vorstand der Lesegesellschaft in Baden, daß bei Bildung derselben Niemand um sein kirchliches oder politisches Glaubensbekenntniß gefragt worden, und jede Tendenz, außer Lesen und geselliger Unterhaltung, der Gesellschaft fremd sei. Das Bestreben der Habsucht oder der Dummheit, ein harmloses Institut, an welchem auch gebildete Fremde Theil nehmen, zu verächtlich

gen, leuchtet so ziemlich aus jenem Schreiben hervor, welches nur Verachtung verdient. Unser Verkehr hat das Licht nicht zu scheuen, und in unsern Kreis hat ein jeder Zutritt, der auf Ehre und Bildung Ansprüche hat. Die letzte holt man freilich nicht aus Leihbibliotheken.

Baden, den 19. Okt. 1831.

Der Vorstand
der Lesegesellschaft.

Karlsruhe. [Dienstgesuch.] Ein im Rechtspolizeifache befähigter Scribent, der einige Zeit kränzlich gewesen, nun aber wieder etwas genesen ist, wünscht entweder als Aktuar oder Theilungskommissär angestellt zu werden. Das Nähere im Zeitungs-Komtoir.

Karlsruhe. [Dienstgesuch.] Ein Rechtspraktikant, welcher beinahe vier Jahre bei einem Großh. Amte als Aktuar arbeitete, und die besten Zeugnisse vorzuweisen vermag, wünscht wegen Familienverhältnissen seine jetzige Stelle im Oberlande mit einer gleichen im Unterlande zu vertauschen. Hierauf reflektirende Herren Beamte wollen sich gefälligst an das Zeitungs-Komtoir wenden.

Freiburg. [Spätjahrmesse betr.] Auf mehrseitiges Anfragen, ob die künftige Freiburger Spätjahrmesse statt habe, finden wir uns veranlaßt, hiemit bekannt zu machen, daß diese Messe

am 14. November d. J.
beginnt, und wie gewöhnlich abgehalten wird.
Freiburg, den 14. Okt. 1831.

Der Stadtmagistrat.

Lörrach. [Fahndung.] Der berühmte Dieb, Jakob Wettlin von Schliengen, welcher von uns letztmals am 8. Juni d. J. mit Steckbriefen verfolgt, seitdem betrogen und an Großherzogl. Bezirksamt Mühlheim abgeliefert worden war, hat sich am 14. d. zu Kirchen eines großen Diebstahls abermals schuldig, und mit den gestohlenen Effekten abwärts gegen Schliengen hin flüchtig gemacht. Unter Mittheilung seines Signalements und der Beschreibung der gestohlenen Effekten ersuchen wir alle Orts- und Bezirksbehörden, auf diesen gefährlichen Dieb genau zu fahnden, für welchen die gesetzliche Fanggebühre von 10 Gulden zum Voraus zugesichert wird, und im Betretungsfalle ihn geschlossen und gefänglich zuführen zu lassen.

Lörrach, den 17. Okt. 1831.
Großherzogliches Bezirksamt.
Deurer.

L. Signalement des Wettlin.

Alter 22 — 23 Jahre, Größe 5, 3", Haare schwarzbraun, Stirne nieder, Augenbraunen schwarz, sich gerade stehend, Nase mittel, gerade, an der Spitze breiter werdend, Mund klein mit aufgeworfenen Lippen, Zähne gesund, Kinn rund, Bart schwach, blond, Gesicht oval, Gesichtsfarbe bleich.

Abzeichen.

In beiden Seiten des Kinnes Warzen, mit stärkern schwarzen Haaren besetzt.

Er kleidet sich in das, was er gestohlen; bald trägt er den gestohlenen grünen Frack mit blauen Metallknöpfen und ein paar trildene Sommerhosen, weiß mit schwarzen, schmalen, geschlängelten Streifen; — bald trägt er den gestohlenen dunkelblauen Frack mit gelben Knöpfen die unten beschriebene Uhr trug er öfters seine

II. Beschreibung der gestohlenen Effekten.

- | | fl. | fr. |
|---|-----|-----|
| 1) Ein dunkelblauer Frack mit gelben Knöpfen, schon etwas getragen, werth | 12 | — |
| 2) Ein grüner Frack mit blauen Metallknöpfen | 8 | — |
| 3) Ein paar trildene Sommerhosen, weiß mit schwarzen schmal geschlängelten Streifen | 3 | — |
| 4) Ein schwarzseidenes neues Halstuch | 1 | 30 |
| 5) Eine Casimirweste, weiß mit grauem Grund und blauen Blümchen | 2 | 30 |
| 6) Eine silberne Reperiruhr mit römischen Zahlen. Es ist mit brauner Farbe eine Frauensperson darauf gemalt, einen schwarzen Hut auf dem Kopfe, eine Gitarre in der Hand; dem Frauenzimmer gegenüber 2 Tauben, die gegen einander sehen. An der Uhr hing ein altes gelbes und blaurothes Band; desgleichen 2 Uhrenschlüssel, der eine mit einem rothen Glasstein. | 33 | — |
| 7) Zwei Brieftaschen, die eine mit rother, die andere mit grauer Decke | — | 40 |
| 8) Ein blauer schon ziemlich alter Regenschirm, an welchem der Griff fehlt | — | 40 |
| 9) Ungefähr 40 bis 48 fr. baares Geld in verschiedenen Münzsorten. | | |

Karlsruhe. [Aukversteigerung oder Verpachtung.] Am Freitag, den 11. Nov. d. J., Nachmittags 3 Uhr, wird aus der Verlassenschaft der Frau Markgräfin Christiane Luise der sogenannte Klosteracker von 4 Morgen 1 Bril., einerseits am Weg beim Hasenengarten, andererseits am Rintheimer Feld liegend, in Abtheilungen und im Ganzen in der Stadtmagistratskanzlei dahier, unter günstigen Bedingungen, öffentlich versteigert, bei erfolgtem annehmbarem Gebote sogleich zugeschlagen, andernfalls aber sogleich eine Verpachtung auf mehrere Jahre in öffentlicher Steigerung bewirkt werden.

Karlsruhe, den 20. Okt. 1831.
Großherzogliches Stadtmagistrats-
Kanzler.

Karlsruhe. [Fahndung.] Montag, den 31. d., und den darauf folgenden Tag, werden, von Vormittags 9 Uhr an, aus der Verlassenschaft des Handelsmanns Isak Ullmann von hier, lange Straße Nr. 80, gegen Baarzahlung versteigert:

Gold- und Silberwaaren, hebräische Bücher, Kleider, Bett- und Weißzeug, Schneewerk, Fuß- und Bandgeschirr und allerlei Hausrath.

Karlsruhe, den 21. Okt. 1831.
Großherzogliches Stadtmagistrats-
Kanzler.

Gerauer,
Theilungskommissär.

Karlsruhe. [Aktiv- und Passivschuldenliquidation.] Montags, den 7. Nov. d. J., Vormittags 9 Uhr, wird auf Antrag der Erben des verstorbenen Handelsmanns Isak Ullmann von hier eine Aktiv- und Passivschuldenliquidation vorgenommen werden.

Die Gläubiger und Schuldner werden daher zur Nichtignierung ihrer Forderungen und Schuldgattungen auf obigen Tag in das Stadtmagistratsbureau vorgeladen.

Karlsruhe, den 22. Okt. 1831.
Großherzogliches Stadtmagistrats-
Kanzler.

vdt. Gerauer,
Zbl. Kommissär.